

# Schönburger Tageblatt

und  
**Waldenburger Anzeiger.**

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

№ 257.

Sonntag, den 6. November

1881.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Beiträge sind erwünscht und werden eventuell honorirt. Annahme von Inseraten für die nächste folgende Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Einzelne Nummern 8 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingeladent 20 Pf.

\*Waldenburg, 5. November 1881.

## Der Rückgang der Socialdemokratie.

Der Ausfall der letzten Reichstagswahlen hat besonders in unserem Sachsen einen bedeutenden Rückgang der socialdemokratischen Stimmen zu Tage treten lassen. Wenn eine Thatsache dazu angethan ist, den Erlass des Socialistengesetzes als durch die politische Nothwendigkeit gerechtfertigt vor Augen zu führen, so ist es diese.

Sie belegt unbestreitbar, daß nicht allein die freie Ueberzeugung, sondern vielmehr die nachgerade zum Terrorismus über die Arbeiterklasse gewordene socialistische Agitation die Arbeiter zur Wahlurne trieb und daß schon die Aufrichtung dieser Gesetzesstrahlen, welche die eigene Ueberzeugung unberührt läßt, genügt, um das abzuschneiden, was durch moralische Vergewaltigung errungen worden. Die Folgen haben das Gesetz und in ihm das Vorgehen des Reichstanzlers zahlenmäßig gerechtfertigt. Es würde aber ein Fehler sein, dabei stehen zu bleiben und Alles von der weiteren Wirksamkeit dieses Gesetzes erwarten zu wollen.

Auch die der Socialdemokratie noch zugewandten Arbeiterkreise müssen wiederum mehr und mehr der übrigen Gesellschaft dadurch zurückgewonnen werden, daß man ihnen die Ueberzeugung beibringt, daß nicht bloß die berufsmäßigen socialdemokratischen Agitatoren ein Herz für sie und Verständnis für ihre berechtigten Wünsche haben, selbstverständlich mit der Einschränkung, daß diese Kreise nicht Alles und Jedes vom Staate und der Allgemeinheit zu erwarten haben, sondern daß sie auch ihrerseits thätig mit Hand anlegen müssen, um ihre Lage in entsprechender Weise zu verbessern. Zu dem Ende wird kein gebildeter Mann, dem seines Volkes Wohlfahrt am Herzen liegt, sich entbrechen können, die vom Reichstanzler in dieser Richtung ergriffene Initiative freudig willkommen zu heißen; er wird demgemäß die von dieser Stelle ausgehenden Vorschläge in wohlwollender Erwägung ziehen und, ohne sich dabei des eignen Urtheils und der eigenen Prüfung zu begeben, sich bestreben müssen, das Verständnis für diese Pläne, soweit er sie für gut und nützlich erkannt hat, in immer weitere Kreise zu tragen. Er wird aber auch noch einen Schritt weiter gehen und darauf bedacht sein müssen, in seinem engeren Wirkungskreise Einrichtungen anzulegen und zu fördern, welche dem großen Ziele dienlich sind.

Andererseits ist übrigens nicht anzunehmen, daß alle diejenigen, welche früher und auch jetzt noch socialdemokratisch gewählt haben, auch wirklich Socialdemokraten sind. Nach der von Nebel im Reichstage abgegebenen Erklärung bekennt sich die Socialdemokratie in politischer Beziehung zur Republik, in wirtschaftlicher zum Socialismus, in religiöser zum Atheismus. Unter Tausenden von Wählern aber, die socialdemokratisch gewählt haben, sind sicher kaum hundert, die von Republik, Socialismus und Atheismus eine Vorstellung haben. Zum großen Theil sind unsere Socialdemokraten harmlose Leute, die nur mit ihrer Lage unzufrieden sind und, ohne viel zu denken, allem anhängen, was sie eine Besserung derselben erhoffen läßt. Wie unklar die Begriffe unter den socialdemokratischen Wählern mitunter sind, erhellt factisam aus der oft gehörten Redensart: „Der ist für die Großen und der ist für uns.“

\*Waldenburg, 5. November 1881.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Se. Maj. der Kaiser hat am 1. d. den Präses

der brandenburgischen Provinzialsynode, Landesdirector von Leubow, in Audienz empfangen. Der Synodalpräses richtete dabei nachstehende Ansprache an den Kaiser: „Die überall treu sorgende, mit sorgender Vaterhand unseres theuren Kaisers und Königs waltet mit besonderer Liebe über unserer evangelischen Landeskirche, deren erhabener Schirmherr es laut verkündet hat, daß vor Allem unserem Volke der christliche Glaube erhalten bleiben müsse. Dieser allerhöchsten Willensmeinung ist die Synode freudig dienlich, wenn sie ihrem vor Gott abgelegten Gelöbniß gemäß darnach trachtet, daß die Kirche in allen Stücken wachse an dem, der das Haupt ist, Christus, wenn sie Ev. Maj. landesväterlichem Schutze unsere Kirche ferner bezieht und wenn sie Gott inbrünstig bittet, daß er in seiner Gnade den geliebten Kaiser und König schütze und erhalte.“ Der Kaiser dankte der Synode und bemerkte, daß er das eben Gehörte überall unterschreibe — natürlich, wie er hinzufügte, „mit Ausnahme dessen, womit freundlicher Weise meiner Person gedacht werde.“ — daß die Synode in ihrer Thätigkeit sich darnach richten und schließlich in Frieden sich trennen möge.

Unter den Tischgästen Bismarcks befindet sich auch ein jüdischer Industrieller. Derselbe brachte dieser Tage die Judenfrage aufs Tapet, wobei sich Fürst Bismarck nach der „Nat.-Ztg.“ etwa wie folgt über dieselbe äußerte. „Ich mißbillige ganz entschieden diesen Kampf gegen die Juden, sei es, daß er auf confessioneller oder gar auf der Grundlage der Abstammung sich bewege. Mit gleichem Rechte könnte man eines Tages über Deutsche von polnischer oder französischer Abstammung herfallen wollen und sagen, es seien keine Deutschen. Daß die Juden sich mit Vorliebe mit Handelsgeschäften befassen, nun das ist Geschmacksache; durch ihre frühere Ausgrenzung von anderen Berufsarten mag das wohl begründet sein. Aber sicherlich berechtigt es nicht, über ihre größere Wohlhabenheit jene aufreizenden Aeußerungen zu thun, die ich durchaus verwerflich finde, weil sie den Neid und die Mißgunst der Menge erregen. Ich werde niemals darauf eingehen, daß den Juden die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte in irgend einer Weise verkümmert werden. Die geistige Organisation der Juden im Allgemeinen macht sie zur Kritik geneigt und so findet man sie wohl vorzugsweise in der Opposition, aber ich mache keinen Unterschied, zwischen christlichen und jüdischen Gegnern meiner Birthschaftspolitik, die ich nach meiner Ueberzeugung als erprießlich für das Land verwerfe. Wenn ich zustimmende Adressen und Telegramme beantwortet habe, so erfüllte ich damit nur eine Pflicht der Höflichkeit, wie ich dies schon Richter erwiderte; ich würde mit Vergnügen ebenso höfliche Antworten auf Zustimmungsworte der Fortschrittspartei gegeben haben, ich habe nur keine erhalten.“

Durch die Wahlen hat sich im Großen und Ganzen das Verhältnis der Conservativen zu den Liberalen wenig verändert. Im vorigen Reichstage befanden sich circa 105 Nationalliberale bei Eröffnung desselben. In Folge der Kämpfe um die Zollreform traten bereits 16 Mitglieder, die Gruppe der Schutzöllner Schaaf-Böck, aus, und in der letzten Session vollzog sich die SeceSSION des linken Flügels mit 22 Mitgliedern, sodaß also die eigentlichen Nationalliberalen mit 67 Mitgliedern übrig blieben. Die Fortschrittspartei hatte 28 Mitglieder, dazu noch einige milde Liberal- und Volkspartei, zusammen betrug der Gesamt-Liberalismus circa 133 Mitglieder. Dagegen standen die Conservativen, bestehend aus 59 Deutschconservativen und 48 Mitgliedern der deutschen Reichspartei mit

107, dazu noch etwa 6 sogenannte milde Conservative, meistens Minister, zusammen also 113. Dieses Verhältnis wird im Ganzen nicht verändert. Nationalliberale, Fortschritt, SeceSSIONisten und Demokraten sind bisher 94 gewählt. Nehmen wir nun etwa die Hälfte der Stichwahlen, welche die einzelnen Fractionen noch zu bestehen haben, zu einem Gesamtzuwachs von 45 an, so kommt die Zahl von 139 heraus. Die Liberalen dürften also aller Wahrscheinlichkeit nach etwa ein halbes Duzend Stimmen gewonnen haben. Die Conservativen haben bisher 70 Mandate durchgebracht, in Stichwahlen sind sie noch 48 mal betheilig, sodaß sie wohl die Zahl 100 erreichen können; dazu kommen dann noch einige Milde, mithin dürften sie immer bis auf circa 106 Stimmen steigen. Der ganze Rückgang wird daher schwerlich mehr als ein halbes Duzend Stimmen betragen. Also in der Parteigruppierung zwischen conservativ und liberal ist eine wesentliche Veränderung nicht vor sich gegangen. Weder die eine noch die andere Partei hat die Majorität und kann bei der Abstimmung ihren Willen durchsetzen; sie sind stets auf das Verhalten des Centrums angewiesen, welches die Entscheidung in seinen Händen hat.

Der Reichstag wird nunmehr nach definitiver Festsetzung am 17. d. einberufen.

In Elberfeld erhielt bei der am 4. d. stattgefundenen Stichwahl der Fortschrittler Schmidt 13,121, der Socialdemokrat Oppenheimer 12,172 Stimmen.

### Oesterreich.

Das „Armeer-Verordnungsblatt“ bringt eine Verordnung, welche die Bosniaken zur Vertheidigung der Monarchie heranzieht. Damit ist die Annexion indirect ausgesprochen.

Nach der „Politik“ empfing König Humbert am Tage seiner Abreise von Wien von Kaiser Wilhelm folgende Depesche: „Ich wünsche Ihnen Glück, dem Kaiser und mir.“

### Frankreich.

Der neue französisch-italienische Handelsvertrag ist am 3. d. Nachmittag unterzeichnet worden. Die Unterzeichnung der neuen Handelsverträge mit Portugal und Holland steht unmittelbar bevor. Die vorbereitenden Conferenzen über den englisch-französischen Handelsvertrag sind am 3. d. beendet worden. Zahlreiche, im Laufe der Verhandlungen angeregte delicate Fragen wurden durch die englischen und französischen Commissäre in vollkommen veröhnlichem Geiste geregelt. Andere Punkte, welche noch nicht erledigt sind, sollen auf diplomatischem Wege geordnet werden. Der freundschaftliche Verkehr der beiderseitigen Commissäre untereinander berechtigt zu der Hoffnung, daß ein definitives Einvernehmen in nicht langer Zeit erzielt werden wird.

Briffon übernahm am 4. d. den Vorsitz in der Deputirtenkammer und dankte für seine Wahl: er werde bestrebt sein, seinen Vorgängern nachzueifern. Frankreich zeige, daß es das republikanische Regiment auf Grundlage der Loyalität sichern wolle. Briffon theilte mit, er habe drei Interpellationen über Tunis erhalten. Ferry erklärte, das Cabinet war stets der Ansicht, daß seine Gewalten beendet seien mit der Kammer, aus der es hervorgegangen sei. Der Entschluß zum Rücktritt wurde lediglich aufgeschoben, um auf die Anklagen zu antworten und der Kammer die Verantwortlichkeit eines vollständig solidarischen Cabinets anzubieten; er werde alle nothwendigen Erklärungen abgeben; je früher die Debatte stattfinde, desto besser sei es für das Land und die Republik. Die Kammer setzte die Interpellation für den 5. d. fest.

### England.

In Belmullet in Irland haben wiederum Un-